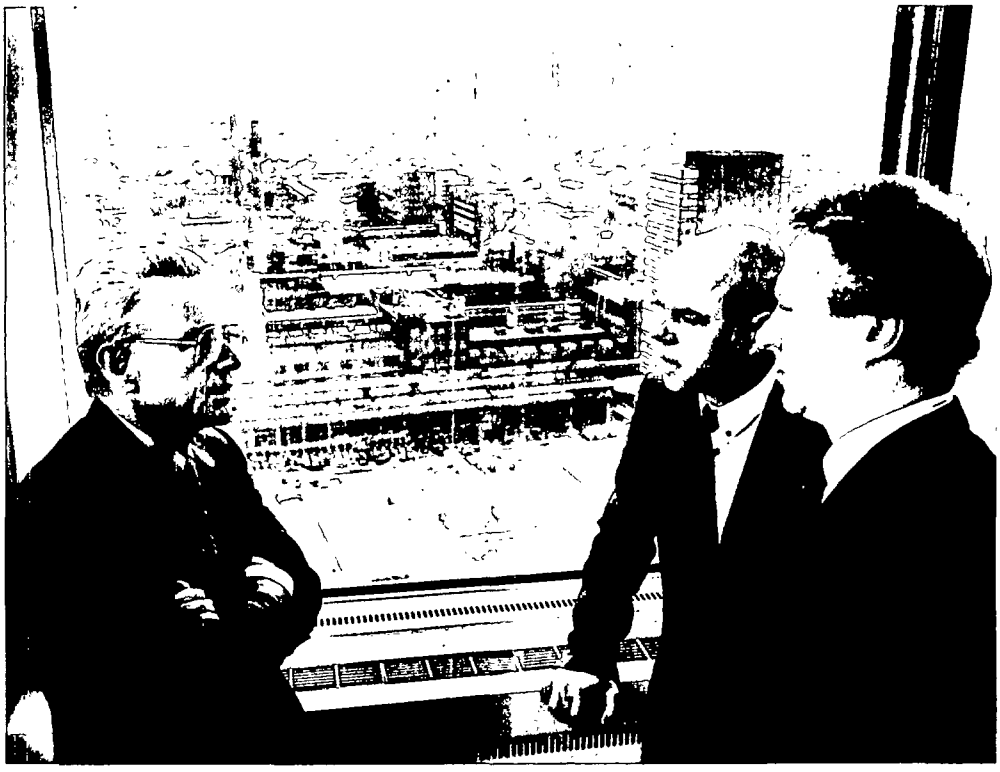
„Wir können nicht einfach auf Gift verzichten"

Bayer-Chef Hermann Strenger über die Gefährdung der Umwelt und die Herausforderung der Chemie



Konzernchef Strenger, SPIEGEL-Redakteure*: „Wir sind sensibler geworden"

SPIEGEL: Herr Strenger, wenn Ihre Kinder sich um den Zustand der Welt und ihre Zukunft sorgen – was sagen Sie denen?

STRENGER: Ich höre öfter, wenn wir abends um den Tisch sitzen, Fragen dieser Art: Was macht die Chemie, wie könnt ihr die Schäden in der Umwelt verantworten? Ich versuche meinen Kindern klarzumachen, daß auch in der Chemie Menschen verantwortungsbewußt handeln, daß wir den Schutz der Umwelt, das Umgehen mit der Ökologie, genauso hoch bewerten wie die Ökonomie, sprich: das Erwirtschaften von Umsatz und Gewinn.

SPIEGEL: Wie werden Sie damit fertig, an verantwortlicher Stelle für eine Industrie zu arbeiten, die zur Zerstörung der Lebensgrundlagen des Menschen erheblich beigetragen hat?

STRENGER: Kann man wirklich sagen, daß die Chemie erheblich dazu beigetragen hat, Grundlagen unseres Lebens zu zerstören? Ich könnte die Frage zurückgeben: Wo wären wir heute in dieser Welt, wenn es die Chemie nicht gäbe? Nehmen Sie den Bereich der Gesundheit, nehmen Sie den Bereich der Ernährung, nehmen Sie den Bereich Werkstoffe oder Synthesefasern.

SPIEGEL: Niemand bestreitet die Errungenschaften der Chemie, doch daß diese Industrie gleichzeitig das Wasser, die Luft und den Boden verschmutzt oder vergiftet, läßt sich auch nicht bestreiten. Die Frage ist: Wie hoch darf der Preis sein, den die Menschen für die Segnungen der Chemie zahlen müssen?

STRENGER: Jede industrielle Tätigkeit ist verbunden mit einem Eingriff in die Natur, auch die Chemie hat zu Belastungen geführt. Doch gerade diese Industrie hat andererseits auch verantwortungsbewußten Umweltschutz schon praktiziert, als das Thema von der Öffentlichkeit noch gar nicht entdeckt war. Bayer hatte schon 1901 eine Kommission gebildet, die für saubere Luft und sauberes Wasser sorgen sollte. Doch seit das Thema Umweltschutz in der Öffentlichkeit eine größere Rolle spielt, haben natürlich auch wir einen Lernprozeß durchgemacht. Wir sind diesen Themen gegenüber noch sensibler geworden und verhalten uns entsprechend.

SPIEGEL: Woran liegt es, daß den Aussagen der Chemie zum Umweltschutz in der Öffentlichkeit so wenig geglaubt wird?

STRENGER: Es liegt wohl daran, daß die Chemie bis Anfang der siebziger Jahre ein verhätscheltes Kind der Nation war – Chemie stand für Wachstum, Chemie stand für Wohlstand. Dann entwikkelte sich ein neues Umweltbewußtsein, und damit kam das Mißtrauen. Es wurde genährt durch Vorfälle wie die Unglücke in Seveso und Bhopal, den Brand in Basel, aber auch andere Betriebsstörungen. Wenn Sie einmal Glaubwürdigkeit verloren haben – und wir spüren das in der täglichen Arbeit –, dann ist es eine Herkules-Aufgabe, dieses Vertrauen wiederzugewinnen. Wir müssen uns bemühen, durch überzeugendes Handeln wieder zu einem Ansehen zu kommen, das die chemische Industrie meines Erachtens verdient.

SPIEGEL: Wird diese Aufgabe nicht noch schwerer, wenn kritische Einwände

Hermann J. Strenger

ist der erste Nicht-Chemiker an der Spitze des Chemiekonzerns Bayer. Er begann seine Laufbahn bei Bayer 1949 als kaufmännischer Lehrling, sammelte Auslandserfahrungen bei Bayer-Tochtergesellschaften in Brasilien und Schweden und gehört seit 1972 dem Vorstand in Leverkusen an. Strenger, Jahrgang 1928 und Vater von vier Kindern, übernahm 1984 den Vorstandsvorsitz von Herbert Grünewald. Er hat immer wieder betont, daß Bayer die gesellschaftspolitische Verantwortung, in der Umweltpolitik und in der Pharma-Forschung etwa, ernst nehme. Die Bayer AG verbuchte 1988 das beste Geschäftsergebnis in der 125jährigen Unternehmensgeschichte. Der weltweit arbeitende Konzern schaffte mit Kunststoffen und Pharmaka, mit Pflanzenschutzmitteln und Farben einen Umsatz von gut 30 Milliarden Mark.

* Peter Bölke und Richard Rickelmann im Bayer-Hochhaus in Leverkusen.

gegen die Chemie als Hysterie, als Panikmache abgetan werden?

STRENGER: Es hat sicherlich Stimmen gegeben, es gibt solche Stimmen leider auch heute noch, die Kritik pauschal als Hysterie abtun. Aber wenn ich an die Gespräche mit meinen Kollegen aus der Chemie denke, so glaube ich doch mit fester Überzeugung sagen zu können, daß wir in der Zwischenzeit so viel Sensibilität entwickelt haben, daß wir das Thema Umweltschutz nicht nur sehr ernst nehmen, sondern auch konsequent angepackt haben. Aber wir müssen das, was wir tun, in der Öffentlichkeit auch deutlich machen.

SPIEGEL: In einer Anzeige der Chemie heißt es: „Lieber Fisch. Es wird dir guttun, daß die chemische Industrie die organische Belastung der Gewässer in den letzten 20 Jahren um mehr als 90 Prozent gesenkt hat." Das war 1986, kurz danach lief durch den Brand bei Sandoz Gift in den Rhein.

STRENGER: Das war in der Tat ein mehr als unglückliches Zusammentreffen. Doch es darf trotzdem nicht übersehen werden, daß die Belastung des Rheins – ob mit Cadmium oder Quecksilber, Zinn oder Kupfer – in den letzten 20 Jahren um 90 bis 97 Prozent verringert wurde. Wir werden uns auch weiter bemühen, um da gegen null zu kommen.

SPIEGEL: Gegen null? Die Verschmutzung der Nordsee etwa hat in den letzten Jahren gewaltig zugenommen.

STRENGER: Das wird einfach so behauptet. Nirgendwo wird aber ein objektiver Beweis erbracht, daß die Nordsee wirklich stärker belastet wurde, denn früher hat man das nicht so genau wie heute untersucht.

SPIEGEL: Tag für Tag wird Mist in die Nordsee gekippt, und Sie meinen, die Verschmutzung habe nicht zugenommen. Das erinnert aber doch sehr an die Argumente derer, die jede kritische Stimme als Hysterie abtun.

STRENGER: So habe ich es nicht gemeint. Ich sage nur: In welchem Zustand die Nordsee im Vergleich zu früher ist, kann letzten Endes niemand beweisen. Ich wollte vor allem darauf hinweisen, daß bereits viel für die Nordsee getan worden ist und noch getan wird.

SPIEGEL: Was ist getan worden?

STRENGER: Wir haben die Dünnsäureverklappung, die ja ein großes Thema war und ist, schon 1982 für unsere deutschen Werke eingestellt. Auch die Verklappung aus unserem Werk in Antwerpen wird im Frühjahr beendet. Bayer hat vor wenigen Tagen eine hochmoderne Verbrennungsanlage in Betrieb genommen. Sieben Jahre vor dem ins Auge gefaßten Verbot kann Bayer deshalb die Verbrennung von chlorierten Wasserstoffen auf See einstellen.



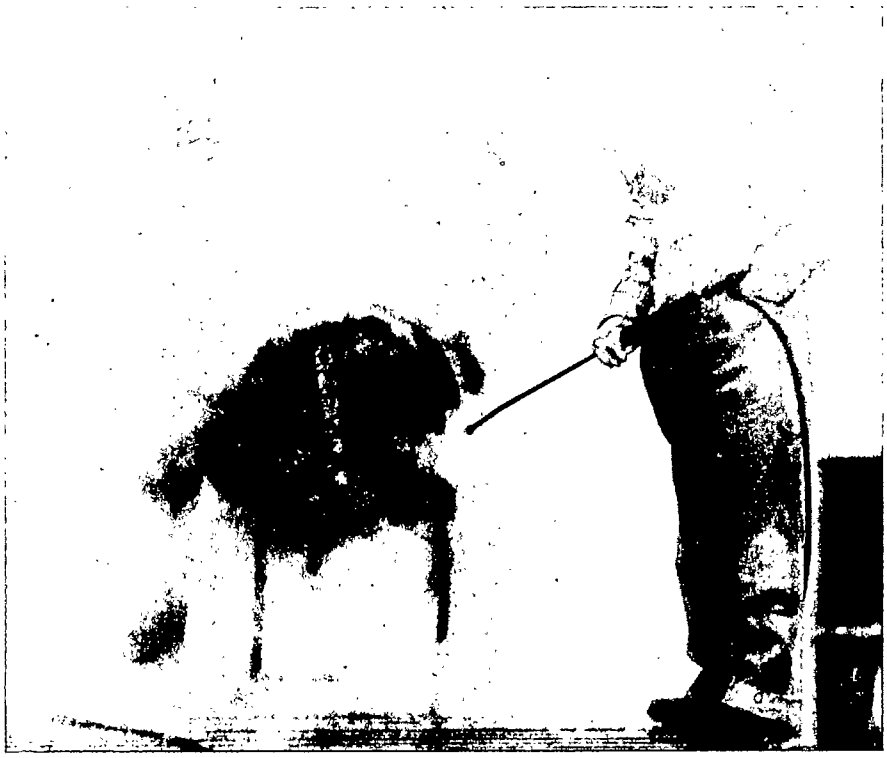
Dünnsäureverklappung vor Helgoland
„Im Frühjahr beendet"

SPIEGEL: Verschiedene Schadstoffe in der Nordsee haben sich innerhalb von fünf Jahren verdreifacht.

STRENGER: Da müßten Sie erst einmal sagen, welche Stoffe Sie meinen. Allgemein gesehen, kann ich mir nicht vorstellen, daß sich die Gesamtbelastung in den letzten fünf Jahren verdreifacht hat. Wo soll denn das alles herkommen? Gukken Sie sich die Industrieproduktion in den letzten fünf Jahren in Europa an. Was haben wir denn für Produktionswachstumsraten gehabt in diesem Zeitraum? Die lagen hier in Europa ja nur zwischen 1,5 und 3 Prozent.

SPIEGEL: In einem Bericht der Bundesregierung steht: 11 000 Tonnen Blei wurden in der Nordsee versenkt, 28 000 Tonnen Zink, 950 Tonnen Arsen, 75 Tonnen Quecksilber, 150 000 Tonnen Öl.

STRENGER: Ich kann Ihnen in diesem Moment nicht den Gegenbeweis antreten. Ich kann diese Zahlen nur entgegennehmen und möchte um Gottes willen jetzt, wenn ich versucht habe, das im Hinblick auf die Industrieproduktion der letzten fünf Jahre zu relativieren, nicht wieder so interpretiert werden, es sei ja alles nicht so schlimm. Ich muß nur betonen, daß die deutsche chemische Industrie und damit auch Bayer die organische Belastung des Rheins, der letzten Endes ja in die Nordsee fließt, um 60 Prozent gesenkt hat. Das muß sich doch in der Nordsee bemerkbar machen. Aber wir sind ja nicht der einzige Anrainerstaat, und die Industrie ist nicht der einzige Einleiter.



Chemieunfall*: „Es ist eine Herkules-Aufgabe"

* Aufräumungsarbeiten nach dem Brand bei Sandoz in Basel.

SPIEGEL: Wenn Schadstoffe in den Rhein gelangen, wird immer erst unter Druck etwas zugegeben. Erst wird eine kleine Menge eingestanden, dann ein bißchen mehr. Das macht die Argumentation nicht glaubwürdiger.

STRENGER: Es gab in der Vergangenheit leider solche Vorgänge, die natürlich nicht dazu beitrugen, Glaubwürdigkeit wieder zurückzugewinnen. Auf der anderen Seite ist ein großes Werk ein komplizierter Organismus. Da kann irgendwo eine undichte Stelle auftreten, wo langsam ein Chlorbenzol durchdiffundiert und nachher in den Rhein geht – in so kleinen Mengen, daß sie mit unseren Meßapparaturen einfach nicht erfaßbar sind. Plötzlich stellt man nach einer Woche fest: Kinder, da ist ja irgendwo in unserer großen Bilanz ein Loch, da fehlen einige Tonnen.

SPIEGEL: Sie könnten doch in solchen Fällen der Kritik die Spitze nehmen, wenn Sie beispielsweise Ihre Abwässerableitung in den Rhein staatlicher Kontrolle ...

STRENGER: ... haben wir doch. Entschuldigung, wir haben permanent die Gewerbeaufsichtsämter hier in unseren Betrieben.

SPIEGEL: Das sind Stichproben.

STRENGER: Moment! Wir haben hier im Werk Tausende von Meßeinrichtungen, die permanent anzeigen, was wir in den Rhein geben, was in die Luft geht. Diese Geräte werden vom TÜV überwacht und von den Gewerbeaufsichtsämtern. Wir haben die Berufsgenossenschaft, die überwacht die Arbeitskonzentration von Stoffen am Arbeitsplatz. Das ist ein dichtes Kontrollwerk, intern und extern.

SPIEGEL: Unfälle werden damit gemeldet. Kann aber Tag für Tag bei Bayer festgestellt werden, was an Abwässern in den Rhein fließt, mit welchen Schadstoffen die Luft belastet wird?

STRENGER: Das ist praktisch zu jeder Minute, zu jeder Tages- und Nachtzeit feststellbar. Den Aufsichtsämtern stehen die Messungen zur Verfügung.

SPIEGEL: Hat Ihrer Ansicht nach die Öffentlichkeit ein Recht, Auskunft über Produktionsverfahren und ihre Folgen zu bekommen?

STRENGER: Ja. Wer auf ein berechtigtes Interesse verweist, etwa eine Bürgerinitiative, wird Auskunft bekommen.

SPIEGEL: Wieviel hat Bayer in den Umweltschutz, in bessere Produkte, die Sicherheit der Produktion investiert?

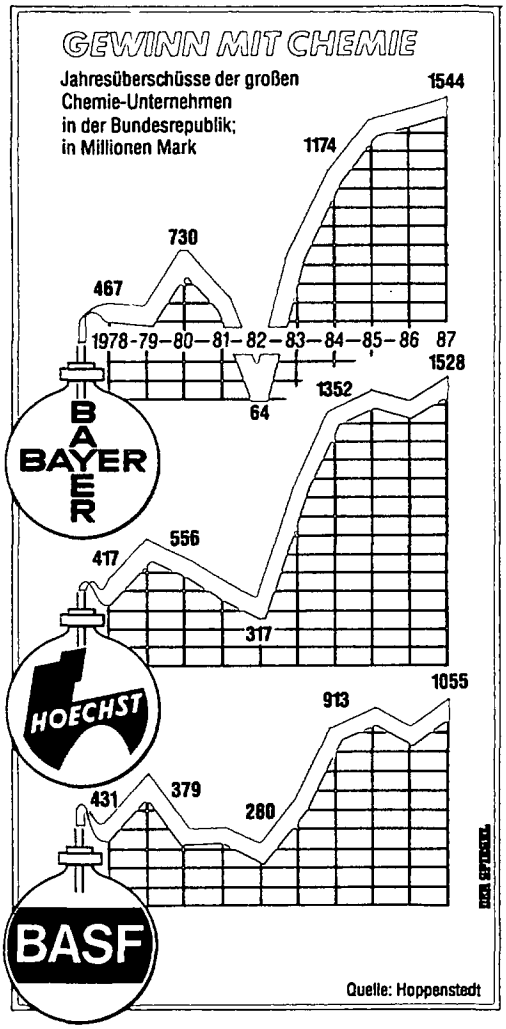
STRENGER: Die Bayer AG hat in den letzten zehn Jahren dafür rund zehn Milliarden Mark ausgegeben. In demselben Zeitraum haben wir einen Gewinn nach Steuern von etwas über fünf Milliarden Mark erwirtschaftet. In den nächsten acht Jahren werden wir in Deutschland für Umweltschutz und Sicherheit etwa drei Milliarden Mark investieren. Wenn Sie sich den Anteil der Investitionen für Umweltschutz und Sicherheit an unseren Gesamtinvestitionen ansehen, so lag der vor zehn Jahren in der Größenordnung zwischen zehn bis zwölf Prozent, im letzten Jahr waren es zwischen 18 und 20 Prozent – also jede fünfte Mark.

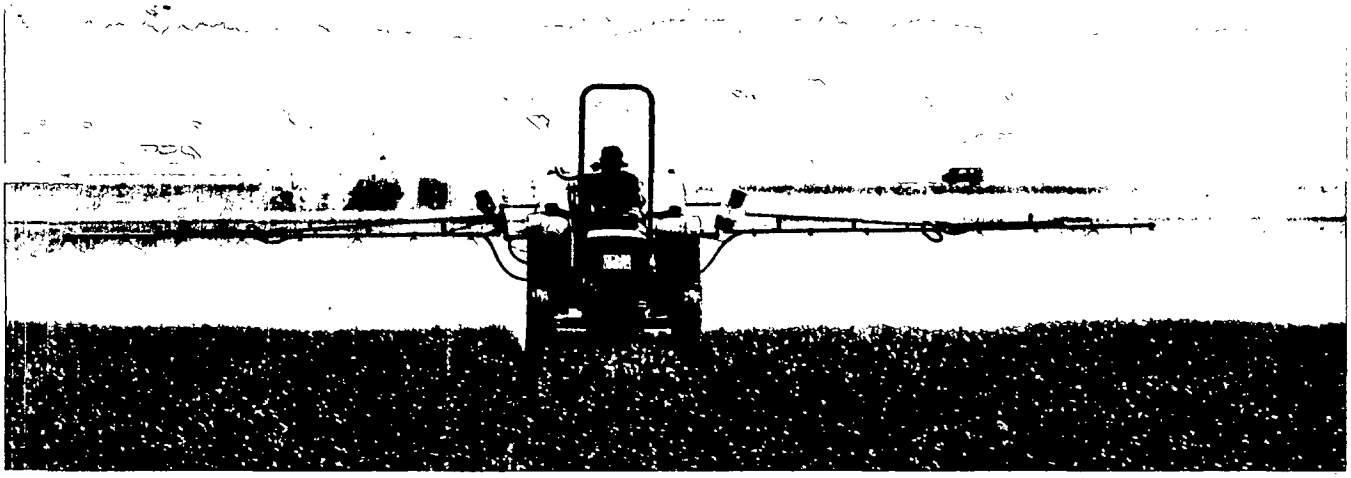
SPIEGEL: In Entwicklungsländern werden Sie sich dafür ein wenig zurückhalten – da sind die Gesetze lascher.

STRENGER: Das stimmt nicht. In der Tat haben wir zum Beispiel in Brasilien nicht Gesetze wie in der Bundesrepublik. Aber wir stellen bei unseren Investitionen in Brasilien oder Indien, in den USA oder in Japan die gleichen Anforderungen wie hier. Wir werden in Brasilien keine Anlage anders bauen als in der Bundesrepublik. Umweltschutz muß nicht durch Gesetz erzwungen werden, wenn Verantwortungsbewußtsein da ist.

SPIEGEL: Aber selbst wenn Gesetze gemacht werden, sind sie oft genug durch die Industrie verwässert worden.

STRENGER: So ist das nicht. Wir stehen natürlich im Dialog mit dem Gesetzgeber. Wir sperren uns nicht, wenn es sich um vernünftige Dinge handelt. Auf der anderen Seite gibt es auch Forderungen, wo wir sagen müssen: Liebe Leute, darauf haben wir keine technische Antwort, und es gibt sie auch woanders nicht. Das Problem ist, daß wir verläßliche Rahmen-





Insektizid-Einsatz in der Landwirtschaft: „Wenn Sie toxische Stoffe einsetzen, werden auch andere Lebewesen beeinflußt"



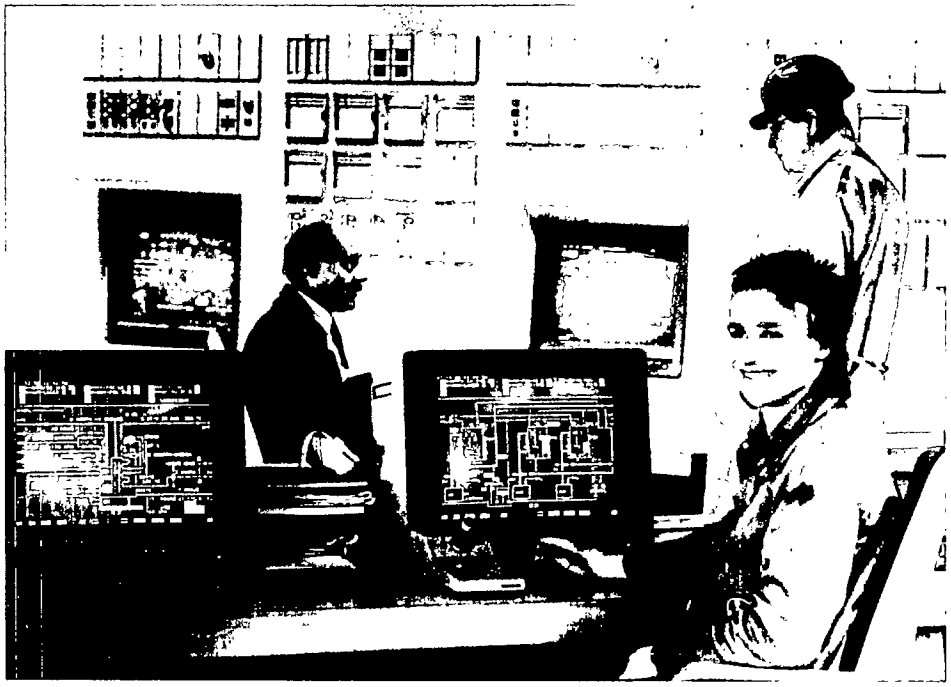
Wasserproben auf dem Rhein: „Die Belastung wurde verringert"

bedingungen in bezug auf Umweltschutzgesetzgebung brauchen. Wir planen über drei Jahre hin eine Anlage. Da verlassen wir uns auf geltende Gesetze, aber es kann passieren, daß auf das Gesetz wieder ein anderes Gesetz draufgesattelt wird, daß die Ausführungsbestimmungen so verschärft werden, daß die Technik diese Bedingungen noch gar nicht umsetzen kann. Die Politiker verhalten sich da ja bisweilen sehr populistisch.

SPIEGEL: Können Sie uns einen Fall nennen, wo die Technik noch nicht den Anforderungen gerecht wird?

STRENGER: Ein permanenter Prozeß ist zum Beispiel die Frage des Ersatzes von toxischen oder hochtoxischen Stoffen. Im Pflanzenschutzbereich – das liegt in der Natur der Sache – gibt es hochtoxische Stoffe. Wir können nicht einfach auf das Gift verzichten, weil eine gewisse Toxizität notwendig ist, um eine Wirkung gegen Insekten, Pilze oder Unkräuter zu erreichen. Auch die Wirkstoffe der meisten Naturprodukte sind giftig.

SPIEGEL: Die Gifte der chemischen Industrie vernichten immer auch ein Stück sinnvoller Natur.



Schadstoff-Beseitigung*: „Tausende von Meßeinrichtungen"

STRENGER: Wenn Sie toxische Stoffe einsetzen, dann werden auch andere Mikroorganismen und Lebewesen davon beeinflußt. Aber wir sehen eine große Chance, daß es uns gelingt, im Laufe der nächsten Dekade zu Produkten mit noch minderer Toxizität zu kommen, mit schnellerer, besserer Abbaubarkeit, Produkten, die selektiv wirken und vor allen Dingen in kleineren Mengen auf den Acker gebracht werden. Von den klassischen Pflanzenschutzmitteln mußten drei bis fünf Kilogramm per Hektar auf den Acker gebracht werden, damit Wirkung erzielt wurde – heute erreichen 25 bis 100 Gramm eine bessere Leistung.

SPIEGEL: Noch immer kommen nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation WHO jährlich zwischen 10 000 und 40 000 Menschen bei der Produktion oder bei der Anwendung von Pestiziden ums Leben.

STRENGER: Ich will die Gefahren dieser Stoffe gar nicht verniedlichen. Denn jeder Tote ist einer zuviel. Aber diese Aussage ist einfach eine Behauptung, die in den Raum gestellt wurde und einer wissenschaftlichen Untersuchung nicht standhält.

SPIEGEL: Von wem in den Raum gestellt?

STRENGER: Von der WHO. Es ist einfach eine Hochrechnung gemacht worden, meines Erachtens mit unerlaubten Mitteln.

SPIEGEL: Die WHO ist doch eine Organisation, die von der Chemie gestützt wird?

STRENGER: Wird sie auch. Wir haben – wie zu vielen anderen Organisationen – auch Kontakte zur WHO. Es gibt keine Diskussion darüber, daß der Umgang mit Pflanzenschutzmitteln nicht unproblematisch ist, wenn er nicht sachgemäß erfolgt. Es gibt auch keine Diskussion darüber, daß Pflanzenschutzmittel in den industrialisierten Ländern mit den entsprechenden Fachkräften leichter zu handhaben sind als in Ländern der dritten Welt. Aber auch hier tun wir alles, um diesen Menschen den sicheren Umgang mit unseren Pflanzenschutzmitteln beizubringen. Wir haben ein dichtes Beratungsnetz für den sicheren Umgang mit diesen Mitteln in den Ländern der dritten Welt. Wir haben besondere Vorschriften für die Lagerung und den Umgang mit diesen Produkten. Wir machen den Analphabeten die Anwendung mit entsprechenden Bildchen klar. Wir erziehen die Vorarbeiter in entsprechenden Kursen. Man kann aber leider nie ausschließen, daß trotzdem das eine oder andere passiert. Aber diese Zahlen, die Sie nannten, muß ich stark in Zweifel stellen.

SPIEGEL: Man kann mit Pestiziden Insekten umbringen, aber auch Menschen. Das ist das berühmte Restrisiko.

* Kontrollraum der Verbrennungsanlage für Abwasser und Klärschlamm bei Bayer in Leverkusen.

STRENGER: Stichwort E 605, leider auch ein Selbstmordmittel. Wenn wir die Industriegesellschaft und den Wohlstandsstaat bejahen, dann müssen wir uns darüber im klaren sein, daß es bei allen Chancen, die der Wohlstand bietet, auch gewisse Risiken gibt, ob das der Pflanzenschutz ist oder das Auto. Nehmen Sie Medikamente, ein ganz typisches Beispiel. Medikamente haben ihre willkommene Wirkung, Medikamente haben aber auch gewisse negative Nebenwirkungen. Die Chancen oder der Nutzen sind jedoch erheblich größer als die Risiken beziehungsweise die Nebenwirkungen.

SPIEGEL: Das Risiko wird natürlich noch ein bißchen größer, wenn Länder wie der Iran Fabriken kaufen, in denen Pestizide produziert werden. Mit fast dem gleichen Know-how können chemische Kampfstoffe hergestellt werden.



Chemiemanager Strenger: „Wir dürfen ...

STRENGER: Wir liefern auf diesem Gebiet kein Know-how an den Iran, das ist ein klarer Vorstandsbeschluß. Früher sind wir einfach davon ausgegangen, daß die Käufer auch wirklich Pflanzenschutzmittel produzieren. Aber es soll ja passiert sein, daß Anlagen zweckentfremdet und Kampfstoffe hergestellt wurden. Wir haben uns, was Kampfstoffe oder deren Vorprodukte angeht, einem Kodex unterworfen. Wir melden alle exportierten Produkte, die auch theoretisch für die Herstellung von Kampfstoffen verwendet werden könnten.

SPIEGEL: Lurgi wollte im Iran eine Pestizid-Fabrik unter Beteiligung von Bayer bauen.

STRENGER: Das können Sie abhaken, ist vergessen. Das Projekt stammte noch aus der Schah-Zeit. Da ging es um einen Pflanzenschutzmittelkomplex im Rahmen der Industrialisierung des Irans. Das ist für uns nicht mehr aktuell.

SPIEGEL: Kann die deutsche Chemie es verantworten, die Länder der dritten Welt mit billigen Pestiziden zu überschwemmen, die hierzulande längst nicht mehr eingesetzt werden?

STRENGER: Die Behauptung, die in Ihrer Frage steckt, stimmt nicht. Wir liefern unsere hochtechnischen Produkte, und die sind nicht billig. Wir könnten es uns im übrigen auch nicht erlauben, für ein Land wie Brasilien oder Kolumbien oder Indonesien eine Produktion aufrechtzuerhalten, die in den Industrieländern längst überholt ist. Aber manchmal stellen diese Länder selbst ein Produkt her, das es hier nicht mehr gibt.

SPIEGEL: Zum Beispiel DDT.

STRENGER: Richtig. DDT wird heute in manchen Ländern wieder hergestellt, weil es im Augenblick kein besseres und erschwinglicheres Produkt gibt, um der Malaria Herr zu werden.

SPIEGEL: Sehen Sie einen Trend hin zu weniger gefährlichen, weniger giftigen Produkten?

STRENGER: Ja, gewiß. Das ist mit Sicherheit zum Beispiel im Pflanzenschutz so. Phosphorsäure-Insektizide haben an Bedeutung verloren. Es gibt modernere Produkte, die der Natur nachempfunden werden, die in geringeren Mengen auf die Äcker gebracht werden. Wir betrachten dies als eine Herausforderung an die Chemie, die viel Geld kostet. Es



... nicht alles tun ...

liegen auch Chancen für das Unternehmen darin, das will ich ganz klar sagen.

SPIEGEL: Das heißt, auch mit diesen weniger gefährlichen Produkten läßt sich Geld verdienen?

STRENGER: Ja. Ich möchte nur, daß Sie nicht den falschen Schluß ziehen: Die Welt ist ja in Ordnung, ihr habt ja auf alle Probleme Antworten und macht sogar noch ein Geschäft daraus. Das wäre zu einfach.

SPIEGEL: Fühlen Sie und Ihre Kollegen sich eingeengt durch Umweltschutzgesetze und Auflagen?

STRENGER: Wir wehren uns nicht gegen Gesetze, wir wehren uns nicht gegen Vorschriften oder Richtlinien. Sie müssen nur dem Stand der Technik entsprechen und sich in einer vernünftigen Form entwickeln. Wenn ein Gesetz das andere jagt, wenn eine Vorschrift die andere ablöst, wird vieles nicht mehr kalkulierbar.

SPIEGEL: Aber der Umwelt hilft es nicht, wenn zu lange kalkuliert wird. Warum dürfen Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe, kurz FCKW, die für die Zerstörung der Ozonschicht verantwortlich sind, noch produziert werden?

STRENGER: Ja, aber gerade da ist doch die Situation in Deutschland fast beispielhaft. Die chemische Industrie hat sich einer Selbstbeschränkung und Selbstverpflichtung unterworfen und wird stufenweise die FCKWs aus dem Markt nehmen.

SPIEGEL: Das dauert viel zu lange. Seit zehn Jahren bereits werden in den USA keine FCKWs mehr hergestellt.

STRENGER: Das ist so nicht richtig. Amerikanische Firmen produzieren



... was machbar sein könnte"

durchaus die FCKWs und exportieren sie in die Welt. Dennoch: Ich gebe Ihnen recht, andere Länder sind da vielleicht mal schneller als wir, etwa in Skandinavien. Aber wir kommen in diesem Jahr um 50 Prozent in der FCKW-Anwendung runter, weil die Spraydosen ausfallen.

SPIEGEL: Wann wird es technisch möglich, auf diese FCKWs ganz zu verzichten?

STRENGER: Darauf kann ich Ihnen keine Antwort geben, und zwar aus dem einfachen Grunde: Sie brauchen zum Beispiel die FCKWs noch bei der Verschäumung von Kunststoffen. Hier arbeiten wir ganz hart daran, durch Ersatz oder durch andere Verfahren auf FCKW zu verzichten.

SPIEGEL: Meinen Sie, daß die deutsche Industrie mit Wettbewerbsnachteilen rechnen muß, wenn sie gefährliche Produkte zu schnell aufgibt?

STRENGER: Die chemische Industrie kann durch Umstellung auch Wettbewerbsvorteile erarbeiten. Es ist meine feste Überzeugung, daß die anderen hoch-

entwickelten Industrieländer gar nicht daran vorbeikommen, sich mit dem Thema Umweltschutz stärker auseinanderzusetzen. Das bedeutet dann ebenfalls eine entsprechende Gesetzgebung. Dann ziehen wir wieder gleich.

SPIEGEL: Wollen Sie Forschung in Länder verlagern, in denen der Spielraum größer scheint?

STRENGER: Da gibt's gar keine Diskussionen, jedenfalls für Bayer nicht. Der Schwerpunkt unserer Forschung bleibt in der Bundesrepublik. Wir geben hier schließlich über 60 Prozent unserer Forschungskosten aus. Wir haben hier unsere großen Forschungslaboratorien. Forschung läßt sich nicht so ohne weiteres verlagern, auch nicht teilweise.

SPIEGEL: Will Bayer in den USA Gen-Forschung betreiben, weil die Auflagen dort nicht so streng sind?

STRENGER: Es trifft zu, daß wir in USA Gen-Forschung betreiben. Dort sind die Fachleute, dort ist auch der größte Markt. Aber wir haben auch hier in der Bundesrepublik gentechnologische Forschung in Elberfeld und in Monheim. Wir arbeiten mit dem Institut der Universität Köln zusammen, wir arbeiten mit dem Max-Planck-Institut zusammen. Bayer wird also auch in der Bundesrepublik weiter gentechnologische Forschung betreiben.

SPIEGEL: Welche Hoffnungen setzen Sie auf diese neue Technologie?

STRENGER: Wir sehen ganz große Chancen auf dem Pharma-Sektor und im Pflanzenschutz. Aber auch im Umweltschutz gibt es gewaltige Möglichkeiten: Es könnte gelingen, Bakterien so zu konstruieren, daß sie beispielsweise bei Ölverseuchungen oder anderen Umweltstörungen eingesetzt werden können.

SPIEGEL: Sie wollen Bakterien züchten, die den Dreck fressen?

STRENGER: So etwa. Wir haben auch schon die sogenannten leuchtenden Bakterien, die ganz klar im Abwasser anzeigen, wenn irgend etwas nicht in Ordnung ist. Dann hören sie nämlich auf zu leuchten.

SPIEGEL: Verstehen Sie, trotz aller Liebe zu den Leuchtbakterien, die Angst der Menschen vor der etwas unheimlichen Gen-Technik?

STRENGER: Ich verstehe diese Angst, und wir müssen den Menschen die Angst nehmen. Bei uns steht zum Beispiel der gentechnische Eingriff in menschliche Keimzellen nicht auf dem Programm, das ist bei uns ein absolutes Verbot. Der Gesetzgeber hätte meines Erachtens schon längst ein Rahmengesetz machen können. Es muß strikte Spielregeln geben.

SPIEGEL: Sind Sie der Ansicht, daß der Mensch, wenn es um Forschung, um Fortschritt geht, alles tun sollte, was getan werden kann, daß alles, was machbar ist, auch gemacht werden muß?

STRENGER: Nein, es gibt Grenzen. Wir dürfen nicht alles tun, was machbar sein könnte. Eine gentechnische Manipulation der menschlichen Keimzelle beispielsweise verbietet mir der Respekt vor dem Leben. Da sollten wir uns selbst die Grenze setzen und sagen: Hier pfuschen wir dem lieben Gott nicht ins Handwerk.



Bunte

SPIEGEL: Das ist also eine Frage des Glaubens?

STRENGER: Sie können es aus einer religiösen Verantwortung erklären. Sie können es aus kritischen, moralischen Einstellungen ableiten. Im Prinzip kommt es auf dasselbe hinaus, indem Sie einfach sagen, daß es Bereiche gibt, wo mit Forschungserkenntnissen Mißbrauch getrieben werden könnte. Da müssen Sie auch als Unternehmensführer oder als Forscher sagen: Hier gibt es für dich eine Grenze, wo du den Vorhang nicht wegziehst, sondern zu läßt.

SPIEGEL: Herr Strenger, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

KATHOLIKEN

Folie Maria

Mit einem Trick aus dem kirchlichen Wahlrecht will der Papst seinen Favoriten für den Kölner Bischofssitz durchbringen.

Den höchsten Ratschluß, den Papst Johannes Paul II. seinen deutschen Brüdern mit auf den Heimweg gab, durfte Vatikan-Sprecher Joaquín Navarro-Valls öffentlich nicht verkünden. Und auch die Herren aus dem Kölner Domkapitel wurden angewiesen, vorerst zu schweigen.

Dem listigen Papst war ein Trick eingefallen, wie er seinen Favoriten, den Berliner Bischof Joachim Meisner, 54, gegen alle Widerstände doch noch auf den vakanten Kölner Erzbischofsstuhl hieven kann: Der Heilige Vater ändert das Kölner Wahlrecht.

Bisher galt, daß die 16 Domherren einen Kandidaten mit absoluter Mehrheit wählen müssen. Da sich die meisten Domkapitulare gegen Meisner sperren, soll nun auf Weisung von oben eine einfache Mehrheit genügen – zur Not reichen in einem dritten Wahlgang sogar nur zwei Ja-Stimmen, wenn sich die anderen 14 Domkapitulare enthalten.

Mit diesem eigenwilligen Trick will Johannes Paul II. seinen Streit mit den Kölner Domherren sowie den Landesregierungen von Düsseldorf und Mainz beenden. Daß der Bischofssitz in einer der bedeutendsten Diözesen der Welt, 15 Monate nach dem Rücktritt des im vorigen Jahr verstorbenen Kardinals Joseph Höffner, noch immer unbesetzt ist, hat sich der Papst allerdings selbst zuzuschreiben. Der Pontifex hatte den Kölnern im Sommer einen Dreiervorschlag geschickt, der bei den Domherren keine Mehrheit fand. Sie registrierten verwundert, daß der Papst keinen einzigen der Kölner Kandidaten auf die Liste gesetzt hatte, wohl aber auf den ersten Platz seinen eigenen Favoriten Meisner.

Als sich für den Berliner im Kapitel partout keine absolute Mehrheit finden ließ, glaubte sich der Papst berechtigt, nach den Vorschriften des allgemeinen Kirchenrechts selber einen Bischof zu ernennen – ohne Wahl und Zustimmung des Kölner Klerus.

Das rief die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf den Plan, die in einer solchen Ernennung einen „glatten Konkordats-